Deutscher Bundestag **Drucksache 14/2526**

14. Wahlperiode 19. 01. 2000

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/1182 –

Keine Zurückweisung von Kosovo-Flüchtlingen an den Grenzen, die Erteilung von Visa für Familienangehörige sowie unbürokratische Ausstellung von Reisedokumenten und Aufnahme und Schutz von unbegleiteten Flüchtlings- und Waisenkindern

A. Problem

Der Antrag geht davon aus, dass weiterhin Kosovo-Albanerinnen und -Albaner an den deutschen Grenzen zurückgewiesen werden, Visa für Kosovo-Flüchtlinge, die Angehörige in Deutschland haben, kaum erteilt werden und unbegleitete Flüchtlings- und Waisenkinder dringend einer Aufnahme und eines besonderen Schutzes bedürfen. Er fordert entsprechende Maßnahmen von der Bundesregierung zur Abschaffung dieser Zustände.

B. Lösung

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/1182 für erledigt zu erklären.

Berlin, den 5. Januar 2000

Der Innenausschuss

Dr. Willfried Penner Der Vorsitzende	**Rüdiger Veit** Berichterstatter	**Dietmar Schlee** Berichterstatter	**Marieluise Beck (Bremen)** Berichterstatterin
	Dr. Max Stadler Berichterstatter	**Ulla Jelpke** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Rüdiger Veit, Dietmar Schlee, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Max Stadler und Ulla Jelpke

I. Zum Verfahren

1. Der Antrag der Fraktion der PDS wurde in der 67. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. November 1999 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

2. Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS Ablehnung des Antrags empfohlen.

   Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen der PDS Ablehnung des Antrags empfohlen.

   Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 1999 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU/CSU gegen die Stimme der Fraktion der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abwesenheit der Fraktion der F.D.P. Ablehnung des Antrags empfohlen.

3. Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 abschließend beraten und ihn einvernehmlich für erledigt erklärt.

II. Zur Begründung

Der Innenausschuss hat den Antrag einvernehmlich für erledigt erklärt, weil es inzwischen keine Flüchtlinge mehr gibt, die aus dem Kosovo nach Deutschland kommen.

Der Innenausschuss hat im Verlaufe seiner Beratungen eine zügige Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat, auch unter humanitären Gesichtspunkten, problematisiert.

Die Bundesregierung hat insoweit darauf hingewiesen, dass sie sich im Hinblick auf die hohe Zahl von nicht organisiert Zurückkehrenden um den Abschluss bilateraler Vereinbarungen von Mazedonien und Albanien im Hinblick auf Visafreiheit bemüht und auch in Kontakt mit dem EU-Beauftragten Kouchner steht.

Berlin, den 5. Januar 2000

Rüdiger Veit
Berichterstatter

Dietmar Schlee
Berichterstatter

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatterin

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333